

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Januar/
Februar 1977

Evangelische Verantwortung

Heft 1 – 2/1977

Zur Gestaltung unserer Demokratie

Lieber Leser!

„AN DER SCHWELLE EINES NEUEN JAHRES“ hat Roman Herzog die sich wandelnde weltpolitische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland skizziert, die großen Probleme genannt, vor denen wir angesichts der politischen Lage in der Bundesrepublik und in Europa stehen und die Aufgaben bezeichnet, denen sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in den nächsten Monaten stellen muß.

Inzwischen wurde die Fraktionsgemeinschaft von CDU/CSU für den 8. Deutschen Bundestag neu beschlossen, eine Entscheidung, die der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, der sich immer auch als eine Klammer der beiden Unionsparteien verstanden hat, nur begrüßen kann. So wichtig diese Entscheidung für die Wirksamkeit der Opposition im Deutschen Bundestag auch ist, die entscheidenden politischen Probleme haben sich dadurch nicht verringert. Die Schwierigkeiten, denen die inzwischen neu gebildete Koalition von SPD und F.D.P. sich gegenüber sieht, sind nicht geringer geworden, sondern zeichnen sich im Gegenteil von Tag zu Tag klarer ab. Immer deutlicher wird auch die Schwäche dieser Koalition, deren Vorrat an Gemeinsamkeit offensichtlich so gering geworden ist, daß er gerade noch zur Wahl eines Bundeskanzlers, nicht aber mehr dazu ausreicht, einleuchtende und in sich schlüssige Konzepte zur Überwindung der Schwierigkeiten zu entwickeln.

So wichtig es für die CDU/CSU sein wird, in der aktiven Auseinandersetzung die Fehlentscheidungen

dieser Regierung aufzuzeigen und Alternativen zu entwickeln, so wichtig wird – und das keineswegs nur langfristig – die Auseinandersetzung über entscheidende Grundlagen unseres Staates sein.

Die folgenden Zeilen beanspruchen nicht, auch nur andeutungsweise solche Grundlagen aufzuzeigen, sie mögen nur einige Punkte nennen, auf die besonders zu achten sein wird, Fragen zu stellen, die Antworten verlangen, wenn die Unionsparteien und mit ihnen der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ihrer politischen Aufgaben gerecht werden wollen.

Nicht erst seit den Erfahrungen mit totalitären Diktaturen und ihrem Propagandaapparat wissen wir, welche politische Macht die Sprache darstellt. In den Begriffen von zentraler politischer Bedeutung, die einseitig „besetzt“ werden und dann in dieser einseitigen inhaltlichen Ausfüllung durch ständigen Gebrauch immer selbstverständlicher werden, wird innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit das Denken auf bestimmte festliegende Linien fixiert und dadurch der Prozeß politischer Entscheidung nachhaltig beeinflußt. Gerade wer die emotional aufgeladene Konfrontation der großen politischen Gruppierungen nicht will, muß Wert darauf legen, die Voraussetzungen für jede sachlich klare und nüchterne Auseinandersetzung, die Eindeutigkeit der Sprache, zu erhalten. Die Beschlagnahme von wichtigen Begriffen für höchst fragwürdige, einseitige, politische Zielsetzung erschwert, wenn sie hingenommen wird, die politische Diskussion ganz außerordentlich; welche verhängnisvolle Folgen hat beispielsweise die Beanspruchung des positiv gefüllten Begriffes „Emanzi-

pation“ durch bestimmte Gruppen, die mit diesem Begriff den Versuch einer politischen Indoktrination zu kaschieren versuchen.

War es schon mehr als fragwürdig, die Demokratie nicht mehr nur als Staatsform zu verstehen, sondern als Prinzip zur Gestaltung weitester Bereiche in Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, so zeigt sich heute, daß wir Gefahr laufen, durch die Installierung zahlreicher, in sich durchaus demokratisch strukturierter Gremien die Verantwortlichkeit der Parlamente zu unterlaufen. Immer mehr beanspruchen Beiräte unter Berücksichtigung der gesellschaftspolitisch jeweils relevanten Gruppen, an der Gesetzgebung oder an wichtigen Planungsmaßnahmen der Exekutive beteiligt zu sein. Solche Beiräte nehmen gewöhnlich nicht mehr die Aufgabe des nur der Sprache verpflichteten Ratgebers wahr, sondern sind Kräfte mit höchst bedeutender politischer Willensbildung. Tatsächlich wird im Ergebnis damit die Verantwortlichkeit des aus allgemeinen, freien, gleichen Wahlen aller Bürger hervorgegangenen Parlamentes eingeengt. Man wird daher sehr sorgfältig zu prüfen haben, wie weit die Forderungen nach solchen Beiräten mit der Forderung nach Stärkung der Wirksamkeit der Parlamente zu vereinbaren sind.

Mit gutem Grund hat die Demokratie alle Privilegien grundsätzlich abgeschafft und als einziges Kriterium für das Einnehmen entscheidender Stellen in Staat und Verwaltung die Leistung anerkannt. Der soziale Rechtsstaat sieht seine Aufgabe darin, für

Albrecht Martin ist Präsident des rheinland-pfälzischen Landtages in Mainz; er gehört der Synode der rheinischen Landeskirche an und ist Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig ist er Mitglied des EAK-Bundesvorstandes.

möglichst jeden Bürger die Voraussetzungen zu schaffen, daß er seine Leistungsfähigkeit auch möglichst entfalten kann. Nicht zufällig haben die Unionsparteien in ihren innenpolitischen Entscheidungen diesen Gedanken der Leistungsförderung sehr stark unterstrichen, und es liegt durchaus in ihrer Linie, wenn heute das Fragen nach der inhaltlichen Bedeutung dieses Leistungsgedankens neu gestellt wird. Aber von einer anderen Seite könnte diesem Leistungsgedanken Gefahr drohen: Dann nämlich, wenn unter dem Vorwand sozialpolitischer Forderungen das materielle Ergebnis hoher Leistung so weit beschnitten wird, daß Leistung ihren Sinn verliert. Denn bei allem Respekt vor der ideellen Bedeutung hoher Leistung wird man die Bedeutung des materiellen Ergebnisses von Leistungen nicht gering achten können. Diese Frage wird angesichts sozialpolitischer Entscheidung durchaus zu stellen sein.

Fragen über Fragen, von denen nur einige wenige hier knapp, und gewiß zum Widerspruch reizend, aufgegriffen werden konnten. Wir werden gegenüber der Richtungslosigkeit der Bonner Koalition nur dann eine glaubhafte Alternative den Wählern darstellen können, wenn wir uns diesen Fragen stellen und sie aus dem gleichen Geist heraus zu beantworten suchen, dem sich die Väter der Unionsparteien beim Neubeginn nach 1945 verpflichtet fühlten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



1952
Siegen

25 Jahre Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

1977
Siegen

- bedeutet ein Vierteljahrhundert kritisches Überdenken der eigenen Position
- bedeutet Rückblick und Ausschau zugleich
- bedeutet Wiedersehen mit alten Freunden
- bedeutet Teilnahme an unserer diesjährigen Bundestagung
- aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des EAK –

vom 13. bis 15. Mai 1977 in Siegen, jener Stadt, in der im März 1952 der Evangelische Arbeitskreis auf Bundesebene durch Hermann Ehlers, den damaligen Präsidenten des Deutschen Bundestages, gegründet wurde.

Wir laden schon jetzt alle Leser der Evangelischen Verantwortung ein, hieran teilzunehmen. Die Thematik der Tagung entnehmen Sie bitte der März-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung; der April-Ausgabe liegt die endgültige Einladung bei.

Wenn Sie Vorab-Information wünschen, wenden Sie sich bitte an die Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn.

Zum Tode von Altlandesbischof D. Hanns Lilje

Eine der prägnantesten Gestalten des deutschen Luthertums hat uns für immer verlassen. Nach einem Leben, das ganz in den Dienst seines Herrn gestellt war, nahmen seine Freunde Abschied von Hanns Lilje in Loccum — an jenem Ort, der ihm selbst über Jahrzehnte Bezugspunkt seines Wirkens war. Die Trauerpredigt hielt der hannoversche Landesbischof D. Eduard Lohse. Im Anschluß an die Beisetzung fand in der alten Bibliothek des Klosters ein Beisammensein statt, während dessen u. a. auch der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht des Verstorbenen gedachte.

Eduard Lohse: Dienet dem Herrn mit Freuden

Gnade sei mit uns und Friede von Gott, unserem Vater, und unserem Herrn Jesus Christus. So steht geschrieben in der Heiligen Schrift, Psalm 100, Vers 2:

Dienet dem Herrn mit Freuden!

Liebe Trauergemeinde,
liebe Freunde,
Brüder und Schwestern!

Unser heimgegangener Abt und Bischof, Bruder und Vater Johannes Lilje war ein Diener seines Herrn, der seinen Auftrag mit Freuden erfüllte. Es sind gerade zwei Wochen vergangen, seit er zum letzten Mal an dieser Stätte gestanden, zur Gemeinde gesprochen, mit ihr gebetet und sie gesegnet hat. Der Glanz des Weihnachtsfestes erfüllte Kirche und Refektorium, als er noch einmal viele Menschen um sich versammelt hatte. In aller Schlichtheit und Kraft der Überzeugung sagte er zu ihnen, was ein Christ glauben und hoffen darf und was er in der Liebe tun soll. Gott hat ihn am Epiphaniastag heimgerufen. Das Ende kam rascher als erwartet, vom Frieden der Erscheinung des Herrn umfungen.

Als Hanns Lilje 1947 durch die Landessynode einstimmig zum Landesbischof gewählt worden war, grüßte er sie mit diesem Spruch und richtete dann ein Wort an die Landeskirche: Es ist beim Antritt meines bischöflichen Amtes — so sagte er — mein inniger Wunsch und mein heißes Gebet, daß Gott

die Gemeinden unserer Landeskirche zu Stätten lebendigen Glaubens und brüderlicher Liebe mache, durch welche die Erkenntnis des gekreuzigten und auferstandenen Herrn entstehen kann, daß Er uns in rechtem Gehorsam in der Welt dienen und für die Ewigkeit reifen lasse und daß Er es uns auch in unserer leidvollen Gegenwart möglich mache, jenem Befehl Heiliger Schrift zu folgen, unter den ich mich in der Stunde meiner Berufung in das bischöfliche Amt gestellt habe: Dienet dem Herrn mit Freuden!

Der 100. Psalm, der diesen Vers enthält, ist der Introitus des ersten Sonntags nach Epiphania. So steht am Anfang wie am Ende des bischöflichen Wirkens unseres heimgegangenen Bruders dieses Wort, das er besonders geliebt und zugleich als Auftrag über seinem Lebensweg verstanden hat.

Wir ehren das Andenken an unseren Entschlafenen, indem wir, wie er es stets getan hat, die Worte der Heiligen Schrift genau betrachten und auf ihren Sinn achten. Denn wir wollen hören, was sie uns sagen, damit wir ihre Botschaft in unser Leben und in unser Sterben hineinnehmen. Da ist zuerst nicht von uns, nicht von seinem Diener, sondern vom Herrn zu reden, dessen Ehre wir zu bezeugen und dessen Lob wir anzustimmen haben. Die Botschaft der Weihnacht, das Evangelium des Epiphaniastages sagt uns, wer dieser Herr ist. 'Den aller Welt Kreis nie beschloß, der liegt in Marien Schoß. Er ist ein Kindlein worden klein, der alle Ding erhält allein'. Um unseretwillen wurde er niedrig und gering. Einer von uns ist er geworden, damit wir seine Brüder und Schwestern sein sollen. Er wurde verachtet, verhöhnt, verurteilt und ans Kreuz geschlagen. Aber Gott hat den gekreuzigten Christus auferweckt von den Toten und ihm den Namen gegeben, der über alle Namen ist. Weil wir diesen Namen kennen, können wir ihn anrufen in aller Not und Trübsal, in aller Trauer und Bedrängnis der Herzen und sagen: Der Herr ist freundlich, und seine Gnade währet ewig und seine Wahrheit für und für. Er hat uns

gemacht und nicht wir selbst. Darum jauchzet dem Herrn, alle Welt!

Deshalb sei der Name des Herrn gelobt, gepriesen in dieser Stunde. Denn er hat ein langes Leben gegeben, das mit ungewöhnlich reichen Gaben gefüllt war, Kräften des Geistes, des Verstandes und der Urteilskraft. Hanns Lilje war die seltene Fähigkeit gegeben, im rechten Augenblick das treffende Wort zu finden, auf Menschen zuzugehen und sie so anreden zu können, daß sie von dem Wort, das er ihnen sagte, gepackt und auf den Weg gebracht wurden. Eine gesunde, kräftige und widerstandsfähige Natur hatte ihm Gott verliehen. Sonst hätte er nicht ständig

Aus dem Inhalt

Zur Gestaltung unserer Demokratie Albrecht Martin	1
EAK-Bundestagung '77 in Siegen — 25 Jahre EAK —	2
Zum Tode von Altlandesbischof D. Hanns Lilje Eduard Lohse / Ernst Albrecht	3
Zur Unvereinbarkeit von Pfarramt und Abgeordnetenmandat	6
Evangelikale Bewegung	7
Aufnahme der Umsiedler als Aufgabe der Kirche	8
Aus unserer Arbeit	9
Der gläserne Berg Maria Cadmus	11
Einladung zur Mitarbeit beim Kirchentag '77 in Berlin	13
Chronist an der Wiege eines Staates — Die Transkei wird selbständig — Ursula Besser	13
Nachtrag: Evangelische Bundestags- abgeordnete der CDU/CSU	16

unterwegs sein können, auf allen Straßen dieser Welt, aber auch auf den Wegen unseres Landes. Sonst wäre es ihm nicht möglich gewesen, unermüdet am Werk zu sein, um den Auftrag zu erfüllen, den der Herr ihm als seinem Boten gegeben hatte. Wenige Stunden Schlafs genügten ihm, manchmal nur Augenblicke zwischen verschiedenen Verpflichtungen. Wir könnten

viel erzählen aus Begegnungen mit ihm. Der Name des Herrn sei gelobt, daß er in so übervollem Maß gegeben hat.

Dieser Herr aber hat auch genommen. Die letzten Lebensjahre bedeuteten für Hanns Lilje eine sehr bewußt durchlebte und durchlittene Bereitung zum Sterben. Er spürte schmerzlich, wie die körperlichen Kräfte schwächer wurden, während die Kraft des Geistes wach blieb und sich keiner täuschenden Illusion hingab. Die Schritte wurden langsamer, die Wege kürzer. In der Abendsonne werden die Schatten länger, hat er einmal gesagt. Am tiefsten hat ihn der Verlust seiner Gattin getroffen, schmerzlich empfand er den Tod vieler Freunde und Weggenossen. Und doch freute er sich bis zuletzt über jeden Tag, an dem Gott ihm die Sonne aufgehen ließ. Er war bereit, hinzugeben, was ihm so lieb gewesen war. Diese Erfahrungen der letzten Lebensjahre haben sein Herz gütig, empfindsam und liebevoll werden lassen. Haben wir Gutes empfangen von Gott und sollten das Böse nicht annehmen? Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen; der Name des Herrn sei gelobt!

Dieser Herr ruft uns in seinen Dienst. Er hat Hanns Lilje zu seinem Diener gemacht und ihn in Pflicht genommen. Seine strahlende Begabung hätte ihn zu jedem anderen Beruf fähig sein lassen. Ob Wissenschaft oder Politik, Wirtschaft oder Literatur — er kannte sich auf den Feldern des Geistes und des praktischen Handelns aus. Überall konnte er sachkundig mit-sprechen und mittun. Aber zu keiner Stunde seines Lebens war ihm zweifelhaft, welcher Auftrag ihm gestellt war: Diener seines Herrn zu sein. Dabei vergaß er nicht, daß sein Herr den Weg des Leidens gegangen ist und ans Kreuz geschlagen wurde. Er war bereit, ihm auch auf diesem Weg zu folgen, auch durch das finstere Tal zu gehen. Verhaftung, Anklage vor dem Volksgerichtshof, Verurteilung, bittere Gefangenschaft und tägliche Be-

drohung des Lebens hat er durchlitten und angenommen als die Straße, die der gute Hirte führt. In der alten Kirche hat man die Zeugen Jesu Christi, die in der Verfolgung gelitten hatten und treu geblieben waren, mit besonderer Achtung geehrt. Man hat sie Märtyrer genannt, weil sie nicht nur Zeugnis abgelegt, sondern es auch leidend bewährt hatten. Hanns Lilje war ein solcher Zeuge. Er hat freilich später nur selten von dieser Erfahrung gesprochen und sich niemals rühmend auf sie berufen. Allerdings hat er es stets als einen großen Vorzug betrachtet, daß Gott ihn würdigte, um seines Herrn willen leiden zu dürfen. Freundschaften, die ihn mit Leidensgenossen der Haftzeit verbanden, hat er bis an sein Ende mit besonderer Dankbarkeit gepflegt. Denn er blieb sich alle Tage dessen bewußt, daß wir — wie er es einmal in einer Predigt ausgedrückt hat — solche sind, die Gottes Barmherzigkeit brauchen, mehr als die Luft, die wir atmen, und das Brot, das wir essen.

Als dieser Diener und Zeuge seines Herrn konnte er die weltweiten Verbindungen der Christenheit, die er schon vor dem Kriege in seiner Arbeit für den Christlichen Studentenweltbund und den Lutherischen Weltkonvent geknüpft und gepflegt hatte, wieder aufnehmen und lebendig gestalten. Sein Wort wurde überall mit Achtung gehört, sein Einsatz trug wesentlich dazu bei, Gräben zuzuschütten und Brücken zu schlagen, damit Menschen verschiedener Völker und Rassen zusammenkommen und gemeinsam das Lob Gottes anstimmen konnten.

Dienet dem Herrn — mit Freuden! Ein mürrischer Diener ist ein schlechter Vertreter der Sache seines Herrn. Leute, die klagen und jammern, können schwerlich den Klang der großen Freude zu anderen Menschen bringen. Gott will fröhliche Diener, die das Licht von der Erscheinung seiner Liebe in die Welt hinaustragen. Ein fröhlicher Diener seines Herrn ist Hanns Lilje gewesen. Er hat seine Aufgaben gern erfüllt und mit Freuden getan, was ihm aufgetragen war. Stets war er bereit, wenn er gerufen wurde. Ich bin gern Bischof meiner Kirche, so hat er wiederholt gesagt und diesen Satz aus vollem Herzen gesprochen. Wie oft hat er die Gemeinde mit einem fröhlichen Wort begrüßt, sie zum Lachen gebracht,

sie aufgefordert, die Hände zum Beifall zu rühren oder auf Gottes freundliche Güte hingewiesen, die gutes Wetter geschenkt oder eine stattliche Versammlung zusammengeführt hatte. Freude strahlte er aus, wenn er davon sprach, wie schön es ist, in unserer Zeit ein Christ zu sein, der getröstet und zuversichtlich seine Straße zieht. Und dankbaren Herzens empfing er die Gaben, die Gottes Güte in unser Leben legt: den Umgang mit Freunden und vertrauten Menschen, den Zusammenhalt der Familie, das Heranwachsen der Kinder und Enkel, die Gemeinschaft in der Ehe. Er wurde nicht müde, Gäste, die in das Kloster Loccum kamen, mit dem alten Gruß der Zisterzienser willkommen zu heißen: Porta patet, cor magis. Die Tür steht offen, das Herz weit mehr! Und als er beim letzten Loccumer Empfang zum Ausklang des Weihnachtsfestes dieses Wort zum letzten Mal sprach und erläuterte, da schwang eine besondere Wärme in seinen Worten mit, als wäre ihm bewußt gewesen, daß er damit zugleich einen letzten Gruß zum Abschied sprach.

Martin Luther hat einmal gesagt, in unserem Christenleben komme alles darauf an, daß wir uns an Christus als die Wahrheit und das Leben halten. Da mußt du hin, daß du dich an diesen Mann haltest und fest bei dem Glauben und Bekenntnis bleibest; und immer denselben üben im Leiden und Sterben und sagen: Ich weiß kein ander Hülff noch Rat, kein Heil noch Trost, keinen Weg noch Steg, denn allein meinen Herrn Christum, für mich gelitten, gestorben, auferstanden und gen Himmel gefahren. Dabei bleib ich und gehe hindurch, ob auch eitel Teufel, Tod und Hölle unter und vor mir wären. Denn das ist ja der rechte Weg und Brücke, fester und gewisser denn kein steinern noch eisern Gebäude, und müßt eher Himmel und Erde brechen, denn dieses sollt fehlen oder trügen. Hanns Lilje war mit voller Überzeugung ein Schüler Martin Luthers. Von ihm hat er gelernt, daß es in der Kirche nicht um unsere Sache geht, sondern daß die Sache und Ehre allein die unsere Herr Jesu Christi ist.

Besonders gern hat Hanns Lilje hier in Loccum geweiht. Nach seinem theologischen Studium hat er von 1922 bis 1924 das Predigerseminar besucht. Am Ende dieser Zeit hat er bei der Eintragung sei-

nes Lebenslaufes in das Buch der Kandidaten geschrieben, er rechne diese Jahre im lieben alten Kloster dankbar zu den gesegneten. Liebevoller Zuneigung hat ihn seither mit dieser Stätte verbunden. Und weil ihm stets bewußt war, daß der Auftrag zum Dienst des Herrn von einem zum anderen, von einer Generation an die nächste weitergegeben wird, darum hat er das Herkommen geehrt und hoch von der Tradition gedacht. Ein Ort, an dem seit mehr als 800 Jahren das Lob Gottes in ununterbrochener Folge gesungen wird, strömt Ruhe aus. Hat Gott seine Gemeinde durch den wechselvollen Lauf der Jahrhunderte bis hierher erhalten, dann wird er es auch in Zukunft tun. Seinem Diener Hanns Lilje, der mehr als ein viertel Jahrhundert als Abt dieses Klosters amtiert hat, war es ein lieber Gedanke, an der Seite der ehrwürdigen Stiftskirche seine Ruhestätte zu finden. In letzter Zeit hat er nicht verschwiegen, daß er sich den Tag herbeiwünschte, an dem der Herr seinen Diener in Frieden entläßt, damit er mit Fried und Freud dahinfahre in Gottes Willen.

Dieser Tag ist gekommen. Der Herr hat seinen Knecht gerufen. Sein Dienst hat ein Ende. Er hat ihn mit Freuden getan und gebeten: Nimm mich freundlich in deine Arme, Herr, erbarme dich in Gnaden; auf dein Wort komm ich geladen. Wir aber hören auf das Wort, das uns gesagt ist. Als Befehl, als Trost und Ermutigung, als Zuspruch und Anspruch erreicht es uns und weist vorwärts auf den Weg, den wir zu gehen, und den Dienst, den wir zu tun haben: Dienet dem Herrn mit Freuden. Dazu helfe uns Gott.

Amen.

Ernst Albrecht: Ein Prediger des Evangeliums

Verehrte Mitglieder der Familie, Herr Landtagspräsident, Herr Landesbischof, Exzellenzen, verehrte Trauergemeinde!

Am Ende des alten Jahres hatten sich manche von uns auf Einladung des Abtes von Loccum zu einer Stunde der Besinnung in diesem Kloster zusammengefunden; heute sind wir hier versammelt, um Abschied von Hanns Lilje zu nehmen.

Sein Name nimmt in den Annalen des Landes Niedersachsen einen hervorragenden Platz ein. Er war einer der großen Wegbereiter eines neuen kirchlichen Anfanges in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg.

Von Hannover aus hat Hanns Lilje für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche, die evangelische Kirche in Deutschland, das Weltluthertum und die Zusammenarbeit der christlichen Kirchen gewirkt.

Er zählt zu denen, die das deutsche Ansehen in der Welt neu begründet und gemehrt haben.

Warum konnte gerade er das? Weil er „ohne Furcht vor den Mächten dieser Erde“ mit beispielhaf-

Eine religionsphilosophische Analyse von Günter Rohrmoser

„ESSENTIALS“ heißt die neue Serie (Seewald Verlag), die das Theorieprogramm „Seewald Forum“ durch eine neue Form der Aussage erweitert. Günter Rohrmoser – einer der bekanntesten Philosophen unserer Zeit – schreibt im Heft 18 der Essentials zum Thema „Der religionsphilosophische Hintergrund – Christen vor der Wahl“. Auf 28 Seiten geht Rohrmoser in einer religionsphilosophischen Analyse der Tiefenströmung des kulturrevolutionären Prozesses nach, der die Gegenwart bestimmt.

Die Evangelische Verantwortung schickt ihren Lesern – solange der Vorrat reicht – dieses Heft gegen Einsendung von 0,50 DM Porto in Briefmarken kostenlos zu.

tem Bekennermut Wege in schwerer Zeit gewiesen und den schmalen Weg gewählt hat, von dem es heißt, daß ihrer wenige sind, die ihn finden.

Hanns Lilje hat sich einmal vor langen Jahren als einen schlichten

Evangelische Verantwortung 1-2/77

Christenmenschen bezeichnet, der nichts anderes als ein Prediger des Evangeliums war. Das ist richtig. Aber was für ein Prediger!

Bei jeder Begegnung mit ihm habe ich den Bann seiner Persönlichkeit gespürt. Ich habe mich oft gefragt, was es eigentlich war, das ihn so unvergleichlich machte.

War es die unerschütterliche Glaubenskraft? War es die Begegnung mit einem Menschen, der viele Prüfungen durchlitten, aber mit Gottes Hilfe auch bestanden hatte?

War es seine Erdverbundenheit und Heimmattreue? Die warme Zuneigung zum Nächsten? Seine hohe geistige Kultur, sein feinsinniger Humor?

Ich glaube, es war von allem etwas. Aber vor allem dies, daß er beides in einer Person war: ein in sich ruhender starker Mensch und zugleich ein Gefäß, ein Zeuge Gottes.

So erreichte er die Menschen unserer Tage; so sprach er auch jene an, die abseits stehen.

Und wer am 27. Dezember hier war, der weiß, daß ihn diese Ausstrahlung bis in seine letzten Tage nicht verlassen hat.

Hanns Lilje wird allen in Erinnerung bleiben, die ihm begegnet sind. Es ist schwer, von ihm Abschied zu nehmen. Aber erinnern wir uns an die Worte aus dem Buch der Weisheit, mit denen er in seinem Buch, das den Untertitel trägt „Rechenschaft einer Haft“, seiner verstorbenen Leidensgefährten gedacht hat:

„Aber der Gerechten Seelen sind in Gottes Hand, und keine Qual rühret sie an.“

Vor den Unverständigen werden sie angesehen, als stürben sie, und ihr Abschied wird für eine Pein gerechnet und ihre Hinfahrt für ein Verderben. Aber sie sind im Frieden.“

Im Namen aller Niedersachsen verneige ich mich vor dem Toten.

Zur Unvereinbarkeit von Pfarramt und Abgeordnetenmandat

Durch ein Kirchengesetz vom 28. März 1973 hatte die Bremische Evangelische Kirche bestimmt, daß ihre Pfarrer und Kirchenbeamten, die in den Bundestag oder in die gesetzgebende Körperschaft eines Bundeslandes gewählt werden, für die Dauer dieses Mandats als beurlaubt gelten. Diese Bestimmung hatte der Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen am 15. Januar 1975 wegen verfassungsrechtlicher Bedenken aufgehoben. Dagegen hatte die Bremische Evangelische Kirche beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde erhoben. Sie hat damit Erfolg gehabt: In einem Anfang Oktober veröffentlichten Beschluß vom 21. September hob das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung des Staatsgerichtshofes von Bremen auf.

Dieser Beschluß hatte in der bayerischen Landessynode zu einer Anfrage geführt, ob ein Anlaß bestehe für eine Änderung der kirchengesetzlichen Rechtsgrundlage für die politische Betätigung der im kirchlichen Dienst stehenden Personen; zum andern war gefragt worden, ob durch den Beschluß das Selbstverständnis der Evang.-Luth. Kirche in Bayern berührt werde.

Wir drucken im folgenden den vollen Wortlaut der Antwort von Oberkirchenrat Dr. Grethlein ab, die dieser für den Landeskirchenrat abgab.

1. Der Beschluß des zweiten Senates des Bundesverfassungsgerichtes vom 21. September 1976 gibt dem Landeskirchenrat keinen Anlaß, eine Änderung der kirchengesetzlichen Rechtslage vorzuschlagen, die für die politische Betätigung der im Dienst der Kirche stehenden Personen besteht. Die entsprechenden Bestimmungen (Art. 51 a und 51 b des Pfarrergesetzes) beruhen auf der Rechtsansicht, die nunmehr vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde.

2. Die Ausführungen dieses Beschlusses decken sich mit dem Selbstverständnis der Evang.-Luth. Kirche in Bayern. Ich darf das mit einigen kurzen Zitaten aus dem Urteil belegen:

Allgemein zum Verhältnis Staat – Kirche – andere Verbände

„Für die Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Religionsgemeinschaften nach dem geltenden Verfassungsrecht ist grundlegend, daß das Grundgesetz – u. a. um der Würde und Freiheit des Menschen willen – der staatlichen Gewalt prinzipielle Grenzen setzt. ... Die Gewährleistung der Freiheitsrechte ist Ausdruck dafür, daß das Grundgesetz den Staat nicht als Hüter eines Heilsplans versteht, kraft dessen er legitimiert erschiene, dem Menschen die Gestaltung seines Lebens bis in die innersten Bereiche des Glaubens und Denkens hinein verordnen zu dürfen. Dieser Gedanke hat zumal in Art. 4 GG seine verfassungsrechtliche Ausprägung gefunden; er verwehrt dem Staat den bestimmenden Zugriff auf die religiöse oder weltanschauliche Dimension des Menschen.“

„Sie (die Religionsgemeinschaften) entstammen einem für die Staatsgewalt unantastbaren Freiheitsbereich und leiten ihre Gewalt nicht vom Staat her.“

„... die Kirchen (besitzen) zum Staat ein qualitativ anderes Verhältnis... als irgendeine andere gesellschaftliche Großgruppe (Verband, Institution); das folgt nicht nur aus der Verschiedenheit, daß jene gesellschaftlichen Verbände partielle Interessen vertreten, während die Kirche ähnlich wie der Staat den Menschen als Ganzes in allen Feldern seiner Betätigung und seines Verhaltens anspricht und (rechtliche oder sittlich-religiöse) Forderungen an ihn stellt, sondern insbesondere auch aus dem Spezifikum des geistig-religiösen Auftrags der Kirchen.“

Das konkrete, zur Entscheidung gestellte Problem

„Im vorliegenden Fall geht es um eine kirchenrechtliche Regelung eines für die Kirche ganz zentralen

Sachverhalts, um die rechtliche Folgerung aus dem Verständnis vom kirchlichen Amt. Hier wird die Kirche durch eine Regelung im staatlichen Recht nicht betroffen wie der Jedermann, sondern in ihrem spezifischen Anderssein.“

„Pfarrer sein heißt für die Kirche, sich ungeteilt dem Auftrag des Herrn, dem Dienst am Wort Gottes widmen, heißt allen Gliedern der Gemeinde gleich nahestehen. Die Fülle dieser Pflicht aus dem geistlichen Amt läßt sich nicht rechtlich normieren. Das Recht (d. h. die rechtliche Regelung des Dienstverhältnisses) hat insoweit die Funktion einer ‚flankierenden Maßnahme‘, nämlich die ungestörte Erfüllung des geistlichen Dienstes zu schützen und Gefährdungen und Behinderungen, die den Pfarrer bei der Ausübung seines Dienstes bedrängen können, abzuwehren...“

Es gehört also zu den ganz wesentlichen Anliegen der Kirche, daß der Pfarrer sich seinem frei gewählten Dienst in der Kirche ungeteilt widmet und nicht neben dem kirchlichen Amt des Pfarrers das für die Gesellschaft sehr wichtige und nicht minder Zeit und Kraft raubende Amt im öffentlichen Leben des verfaßten Staates als Abgeordneter in einem Landes- oder im Bundesparlament ausübt und daß der Pfarrer nicht parteipolitische Aktivität entwickelt, die innerhalb der Gemeinde je nach der Nähe des Gemeindeglieds zu der einen oder anderen politischen Partei Zustimmung oder Ablehnung erfährt und damit in der Regel Spannung in die Gemeinde hineinträgt.

Es kommt nicht darauf an, ob diese Unvereinbarkeit von kirchlichem und weltlichem Amt objektiv in jedem Fall, in dem ein Pfarrer Abgeordneter im Parlament wird, besteht oder nicht; es kommt vor allem nicht darauf an, ob dem Gericht einleuchtet, daß die Kirche um ihrer Glaubwürdigkeit und der Glaubwürdigkeit ihrer Diener willen die gleichzeitige Wahrnehmung von Pfarr- und Abgeordnetenmandat ausschließt; es kommt nur darauf

an, daß die Kirche diese Regelung als von ihrem Selbstverständnis gefordert für nötig hält. Und das kann nicht bezweifelt werden, wenn, wie die Evangelische Kirchenkanzlei dargelegt hat, so gut wie alle evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland in der einen oder anderen Form Vorsorge getroffen haben, daß beide Ämter, das des Pfarrers und das des Abgeordneten, nicht gleichzeitig ausgeübt werden können.

Zurückhaltung von seiten der Kirchenleitung

Bei der kirchenrechtlichen Regelung, die dem eben dargelegten Zweck dienen soll, hat sich die Bremische Evangelische Kirche ein hohes Maß von Zurückhaltung auferlegt: Sie fordert nicht die Wahl

zwischen geistlichem Amt und weltlichem Amt, sondern beläßt dem Pfarrer, der ein Abgeordnetenmandat wahrnimmt, sein Pfarramt. Nur die aus dem Dienstverhältnis fließenden Funktionen ruhen. Es bleiben ihm unverkürzt die aus dem (abstrakten) Amt herrührenden Kompetenzen, wo immer er (außerhalb des Gemeindedienstes) darum gebeten wird, zu predigen und die Sakramente zu spenden. Dazu benötigt er (wie auch der amtierende Pfarrer außerhalb seiner Gemeinde) nur die Zustimmung der zuständigen Kirchenbehörde, die ihm nach allgemeinen für jeden Pfarrer geltenden Grundsätzen erteilt wird (das sogenannte Dimissoriale). Davon abgesehen wird ihm nicht etwa die mit seinem Amt verbundene Besoldung vorenthalten, sie erfährt nur eine Kürzung, die mehr als wettgemacht wird durch die mit dem Abgeordnetenmandat verbundene Entschädigung. Das Kirchengesetz verzichtet schließlich darauf,

Evangelische Verantwortung 1-2/77

die Inkompatibilität auszudehnen auf den Fall, daß der Pfarrer in eine kommunale Vertretung gewählt wird. Daraus läßt sich nicht schließen, daß die Regelung des Bremischen Kirchengesetzes nicht vom evangelischen Kirchenverständnis her gefordert sei. Es liegt vielmehr näher anzunehmen, daß hier die Kirche etwas ‚toleriert‘, was ‚an sich‘ mit dem vom Kirchenverständnis her Geforderten nicht vereinbar ist. Insofern ist auch dies ein Ausdruck der ‚Großzügigkeit‘, der Zurückhaltung gegenüber dem Staat und seinen Gemeinwohlinteressen.“

Kurz notiert: Evangelikale Bewegung

Bonn/Wetzlar: Unter dem Stichwort „evangelikal“ hat sich quer durch alle Konfessionen hindurch eine weltweite wirksame christliche Bewegung entwickelt. Sie wurde in der internationalen Öffentlichkeit beispielsweise 1974 durch den Kongreß für Weltevangelisation in Lausanne (2 700 Delegierte aus 180 Ländern) bekannt und hat mit dem Jugendkongreß „Christival“ 1976 in Essen auch in der Bundesrepublik erstaunliches Interesse gefunden. Beide Veranstaltungen – getragen von einer von den verfaßten Landes- und Freikirchen unabhängigen „Gemeindeinitiative“ – waren ins Leben gerufen worden, um biblisch orientierte Christen in ihrem persönlichen Glauben in ihrer Weltverantwortung zu schulen. Praktisch ist die evangelikale Bewegung seit Jahren durch Aktionsgruppen, die sich am Rande der Gesellschaft lebender Menschen annehmen; (Drogenabhängige, Alkoholiker, Strafgefangene etc.) tätig.

Evangelikale Theologie betont die Autorität der Bibel, eine persönliche Bindung an Jesus Christus und den missionarischen Auftrag.

In der Bundesrepublik werden die evangelikalen Christen in der Regel koordiniert und repräsentiert durch die Deutsche Evangelische Allianz (DEA), der nur Einzelmitglieder aus den verschiedenen evangelischen Landes- und Freikirchen angehören. Die nationalen evangelischen Allianzen sind auf Weltebene in der World Evangelical Fellowship zusammengeschlossen und zählen rund 70 Millionen Mitglieder.

Die Deutsche Evangelische Allianz unterhält seit vier Jahren den von ihr juristisch unabhängigen Nachrichtendienst *idea* (Informationsdienst der Evangelischen Allianz). Er erscheint wöchentlich und berichtet schwerpunktmäßig über evangelikale Ereignisse, kirchliche Entwicklungen in der Dritten Welt und über Menschenrechtsverletzungen unter besonderer Berücksichtigung der unterdrückten Christen im kommunistischen Machtbereich. Unter dem Aspekt evangelikaler Theologie begleitet *idea* auch kritisch die Arbeit der Landes- und Freikirchen sowie die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen

in Genf. Anschrift der Redaktion: Altenberger Str. 6, Postfach 18 24, 6300 Lahn-Wetzlar 2, Redakteur: Ingrid Kastelan.

In der Konferenz Evangelikaler Publizisten sind Persönlichkeiten zusammengeschlossen, die Kontakte zu Presse, Funk und Fernsehen pflegen und die Medien über evangelikale Ereignisse informieren. Den Vorsitz führt z. Z. Pastor Horst Marquardt, Berliner Ring 62, 6300 Lahn-Wetzlar 2. Zuständig sind für den Norddeutschen Rundfunk, Pastorin Bärbel Wilde, Lüdenscheid und Herbert Müller, Altenkirchen; für den Südwestfunk und Süddeutschen Rundfunk, Wilfried Reuter, Naila; für den Saarländischen Rundfunk, Michael Höhn, Siegen und für den Bayerischen Rundfunk, Rainer Marquardt, Helmbrechts.

„idea“ erweitert die Evangelische Presselandschaft und stellt eine u. E. erforderliche Ergänzung dar. Wer den gesamten evangelischen Bereich verantwortungsvoll beurteilen will, kann auf die Publikation der Deutschen Evangelischen Allianz nicht verzichten.

Aufnahme der Umsiedler als Aufgabe der Kirche

In der letzten Ausgabe der **Evangelischen Verantwortung** hatten wir bereits auf das in unserer Überschrift genannte Hauptthema der im November in Braunschweig stattgefundenen **EKD-Synode** hingewiesen.

Im Nachfolgenden bringen wir den Lesern der **Evangelischen Verantwortung** zuerst einen Auszug aus den Ausführungen von **Klaus von Bismarck**, die dieser hierzu vor der Synode hielt sowie daran anschließend das Wort der Synode zum gleichen Thema.

Die Begegnung mit diesen Umsiedlern kann uns lehren, wie zeitgebunden der christliche Stil ist, der uns so, wie wir uns in der Bundesrepublik und in der EKD seit 1945 entwickelt haben, vielleicht allzu selbstverständlich und allgemeingültig erscheint. Das gilt für unsere Gottesdienste, unsere Liturgie, den Stil unserer Predigten, die Auswahl der Lieder. Es gilt für das Tempo, in dem wir diese Lieder singen. Ein Gottesdienst in einem Umsiedlerlager macht das schon klar. Die Bedeutung einer warmen, nachbarlichen Atmosphäre im Gottesdienst von kleinen Gebetsgemeinschaften, des fröhlichen Kirchenliedes, der aktiven Seelsorge, nicht nur an Alten und Kranken, ist bei diesen Menschen ungleich stärker.

Ich erwähnte es schon, daß diese Heimkehrer aus dem Osten ein viel unbefangeneres Verhältnis zum Gefühl haben. Unsere kirchlichen Ausdrucksformen im Westen wurden dagegen mit voller Absicht wie chemisch von aller vermeintlichen Sentimentalität gereinigt. Im Umgang mit diesen evangelischen Christen erkennen wir beschämt, daß uns offenbar mit unseren theologischen Analysen von Bibelstellen und sozialen Analysen über unsere gesellschaftliche Situation eine Schlichtheit und Wärme im Ausdruck des Glaubens verlorengegangen sind.

Es wäre abwegig, diese Spätheimkehrer einfach eingemeinden zu wollen, wie ihnen auf Dauer ein kleines Ghetto andersartiger Frömmigkeit zu gewähren, so wie man gewisse Sondergottesdienste für Menschen eines ganz bestimmten

Schicksals, die zunächst ratsam sind, nicht immer weiter so fortsetzen kann.

Es gilt vielmehr, Mut zu machen für das Abenteuer der Begegnung mit einer etwas anderen Art Christ zu sein. Es geht für alle Glieder und Gruppen um die ökumenische Einsicht, daß unsere Art zu glauben nicht die allein richtige ist. Die Frage der ökumenischen Pluralität unterschiedlicher Glaubensformen in einer Gemeinde stellt sich also auch hier. Sie sollte nicht nur hingenommen, sondern bejaht werden. Es geht den Umsiedlern gegenüber für uns um eine Sensibilisierung für die menschlichen Kräfte, die ihre Art der Frömmigkeit entwickelt haben.

Es geht weiter um die Frage der Gemeindekonzeption. In einer zunehmend säkularisierten Umgebung werden eine Herde der Frommen und ein Pfarrer als Hirte diese Menschen einer so anderen Glaubensfärbung und Tradition wohl kaum integrieren können. Wenn es Christen sind, haben viele unter ihnen in einer so abgekapselten Situation gelebt, die aber offensichtlich im Gegensatz zu unseren kirchlichen Verhältnissen mehr Wärme hatte.

Aber es handelt sich für die kirchliche Aufgabe nicht nur um Glaubensbrüder, sondern um Christen **und** Nichtchristen. Da paßt ein Modell besser, das sich an der Ortsgemeinde als dem geographischen Bereich der Verantwortung orientiert. Gemeinde Christi sollte der Ort der Menschlichkeit sein. Das sind die, die sich für die anderen, die da leben, mitverantwortlich fühlen. Der Kontakt zu diesen anderen, z. B. einer anderen Glaubensprägung und auch zu Nichtchristen, würde erstes Gebot sein. Kontakt wird ein neues Wort für Liebe und die Gottesdienste immer wieder Aussendung in diesen Dienst und nicht zunächst Selbstbestätigung in einem ganz bestimmten Stil der Gläubigen.

In unseren Gemeinden, so wie sie sind, genügt auch der Appell an die christliche Pflicht zur Nächstenliebe nicht. Solche Appelle mobilisieren im besten Falle die Mitar-

beiter, die ohnehin schon alles machen und nun auch dies noch... Es gilt, die Gabe und den Reichtum eines besonderen Charisma bei Einzelnen in der Gemeinde zu erkennen und neu zu entdecken. Denn es ist nicht zu erwarten, daß gleich die ganze Gemeinde aufbricht. Es gibt Menschen, die durch ihre Lebensgeschichte, durch ein bestimmtes Interesse für diese Umsiedler die richtigen sind. Es sind vielleicht östliche Menschen, Vertriebene, die schon einmal Entwurzelung erlebt haben, solche mit einem Sinn für Geschichte, die besonders geeignet und bereit sind. Die Freude an solchen Begegnungen hat für uns Christen einen viel positiveren Rang wie alle moralischen Pflichtvorstellungen. Vielleicht hat Gott in vielen Gemeinden schon ein paar Menschen ausersehen, die sich von solchen Begegnungen für sich auch einen Gewinn versprechen und daher mit Freude auf dieses Abenteuer eines aktiven Kontaktes mit Umsiedlern einlassen. Vielleicht bedürfen sie nur noch einer kleinen Ermutigung, um aufzubrechen.

Wort der Synode

Dreißig Jahre sind vergangen, seit Millionen Flüchtlinge und Vertriebene vom Osten in unser Land gekommen sind. In einer aus den Fugen geratenen Zeit haben Deutsche aus dem Westen und dem Osten miteinander den Wiederaufbau begonnen. Sie erkannten: Wir sind noch einmal davongekommen.

Nun kommt wieder eine große Zahl von Deutschen zu uns: zur Zeit jährlich etwa 40 000 Umsiedler. Jahrelang haben sie diesen Augenblick herbeigesehnt. Jetzt sind sie unter uns, voller Erwartungen. Die Bibel macht uns Mut: „Nehmt einander an, wie uns Christus angenommen hat zu Gottes Lob“ (Röm. 15,7).

In den Umsiedlern begegnen uns noch einmal die schmerzlichen Erfahrungen unserer Geschichte. Während für viele der zweite Welt-

krieg der Vergangenheit angehört, sind die Umsiedler die späten Opfer historischer Ereignisse, die auch von uns zu verantworten sind. Ihr Schicksal stellt uns vor Fragen unserer Geschichte, die wir zu leicht verdrängen. Darum sind diese Menschen für uns ein Anruf Gottes.

Sie bringen zum großen Teil eine tiefe Frömmigkeit mit, die durch eine lange Geschichte geprägt und in leidvollen Erfahrungen bewährt ist. Wenn wir unsere Umsiedler in ihrer Eigenart annehmen, können sie für unsere Gemeinden eine große Bereicherung werden. Wir lernen dadurch, daß es verschiedene Ausprägungen christlicher Frömmigkeit gibt, für die in unseren Gemeinden Raum sein muß. Sind wir bereit, ihnen diesen Raum zu gewähren und auch damit Heimat zu bieten? Andere haben keine christliche Erziehung mehr erfahren und brauchen jetzt besondere Angebote der Kirche.

Diese Aufgabe ist uns nicht nur durch die Umsiedler gestellt, sondern in ähnlicher Weise von allen, die nach Beheimatung suchen. In der mobilen Gesellschaft gibt es zahllose Menschen, die enturzelt sind und in Vereinzelung geraten. Auch sie sind eine Frage an die Offenheit und Aufnahmefähigkeit unserer Gemeinden.

Die Synode hat sich einen Überblick verschafft über das, was in Staat, Gesellschaft und Kirche für die Umsiedler getan wird. In Grenzdurchgangslagern, Durchgangs- und Übergangswohnheimen sowie in manchen Gemeinden geschieht erfreulich viel. Auch Umsiedler bestätigen dies dankbar.

Trotzdem bleibt für die Gemeinde am Ort noch viel zu tun. Wichtig sind vor allem Besuche, bei denen geduldig zugehört und behutsam in unsere Lebensverhältnisse eingeführt wird. Daraus können sich dauerhafte Nachbarschaften

bis zu Patenschaften entwickeln. Freundeskreise, auch auf ökumenischer Basis gebildete, können vielfache Hilfestellung bieten. Besonders das Diakonische Werk hat manche Modelle dafür aufgezeigt und wird auch ehrenamtliche Mitarbeiter schulen. Die besten Empfangsgruppen und erfahrenen Begleiter werden jene Umsiedler sein, die selber Annahme erfahren haben.

Aus alledem ergeben sich auch Fragen an unsere Gesellschaft und jeden Einzelnen: Nehmen wir Freiheit und Wohlstand nicht zu selbstverständlich hin? Sind wir nicht allein darauf bedacht, unseren Lebensstandard zu sichern und zu mehren? Die Umsiedler mit ihrem Schicksal erinnern uns daran, daß wir alle unterwegs sind. Sind wir bereit, in eine neue Zukunft aufzubrechen? „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern wir suchen die zukünftige“ (Hebr. 13,14).

Aus unserer Arbeit

Bonn/Loccum: An der in Loccum stattgefundenen Beisetzung des ehemaligen Landesbischofs von Hannover, Dr. Hanns Lilje, nahm für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Abgeordnete Dr. Werner Dollinger teil. Dollinger vertrat dabei zugleich auch mit EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen den Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der Unionsparteien, dessen stellvertretender Bundesvorsitzender er ist.

EAK berät 19 Thesen

Heide: 19 Thesen für die Ziele des neu gegründeten Evangelischen Arbeitskreises in der CDU Dithmarschen standen im Mittelpunkt einer gut besuchten öffentlichen Veranstaltung in Heide. Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Pastor Hans Witt, konnte dazu unter anderem auch den CDU-Landtagsabgeordneten und stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden Carl-Friedrich Schoof begrüßen.

Bei der Aufstellung dieser Thesen ging es um die Frage „Was

bedeutet das ‚C‘ in der CDU, und welche Ansprüche stellt es an uns?“, woraus sich eine lebhafte Diskussion entwickelte. Ziel des Arbeitskreises sei es, daß man als evangelische Christen und Anhänger der CDU den Parteifreunden zu einem neuen Verhältnis zum „C“ in der CDU verhelfen und für die Kirche einen Weg suchen wolle, sich vor der Infiltration antichristlicher Weltanschauungen und Ideologien, was insbesondere für den Kommunismus gelte, zu schützen.

Es gehe dabei nicht um eine Abgrenzung gegenüber dem Katholizismus, sondern um den Blick für möglichst viel gemeinsames christliches Glaubensgut sowie um die Ergänzung und gegenseitige Anregung. Das stärkste Motiv für das politische Verantwortungsgefühl der Mitglieder entspringe aus dem Bibelwort „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“. Man hoffe auf Politiker und Staatsmänner, die aus solcher Sicht des Glaubens an die Menschen denken würden, für die sie Entscheidungen zu treffen hätten.

Dabei sehe man, so betonte Pastor Witt weiter, die materiellen,

geistigen und geistlichen Interessen der Menschen. Der Mensch brauche eine materielle Versorgung, zu der umfangreiche soziale und medizinische Maßnahmen gehörten, eine geistige und berufliche Förderung und die Verkündigung des Evangeliums, um glücklich zu werden. Man wünsche sich einen Staat, der die erwähnten Werte wirksam schütze und fördere. Man wünsche sich zudem eine Kirche, in der das Evangelium unverfälscht verkündet werde und in der die Menschen zum Glauben im Sinne dieser Themen geführt würden.

Der Evangelische Arbeitskreis in der CDU bemühe sich um eine Entideologisierung aller Bereiche, in denen Staat, Kirche und die verschiedensten Gruppen in der Gesellschaft tätig würden. Besonders bemühe man sich um die Abwehr gegen Infiltrationen fremder Weltanschauungen und Ideologien.

Von diesen Thesen her, so betonte Pastor Witt, stehe man in einem dialektischen Verhältnis zur CDU und zur verfaßten Kirche, wobei man zugleich überzeugte Mitglieder und scharfe Kritiker sei. Den Mitgliedern des Evangelischen Arbeitskreises in der CDU gehe es

um eine ihrem ureigensten Auftrag treue Kirche in einer staatlichen Ordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, in der man mit Freiheit die erläuterten Standpunkte vertreten könne und in der Kirchen und Parteien zur freien Entfaltung kommen könnten.

Gegen die Ideologie des Marxismus

Pforzheim: Bei einer Veranstaltung des EAK Baden referierte Landtagspräsident Martin, Mainz über das Thema: „Unsere Verantwortung für diesen Staat“. Bei der Begrüßung konnte Pfarrer Meythaler, Mitglied im Vorstand des EAK-Landesarbeitskreises Baden, darauf hinweisen, daß Landtagspräsident Martin kein Unbekannter in Baden-Württemberg ist. Hat er doch bei der Regionaltagung in Baden-Baden, sowie bei der letzten Bundestagung des EAK in Stuttgart referiert. Präsident Martin verstand es, in seinem Referat grundsätzliche Fragen aufzuarbeiten, ohne

ideologische Festlegung. Um so klarer konnte er ausgehen vom biblischen Menschenbild und Luthers Freiheit eines Christenmenschen, um sich den Anforderungen des Tages zu stellen. Dabei unterstrich er die Bedeutung der Geschichte. In ihr gibt sich ein Volk Rechenschaft über seine Vergangenheit. Wer heute in der Schule nur Gegenwartskunde statt Geschichte betreiben will, der manipuliert. Ist überhaupt noch ein Grundkonsens vorhanden? Nur Konfrontation löst auf. Nach Gemeinsamkeiten ist zu suchen, die tragfähig sind. So gilt es, die Rechtsstaatlichkeit wie auch eine sozial eingebundene Marktwirtschaft durchzusetzen. Es ist nicht zu fragen, wie man den Bundesrat am besten ausschaltet. Eine übertriebene Demokratisierung kann zur Bedrohung der Demokratie führen. Am Ende steht weniger Verantwortlichkeit und Transparenz. Wenn wir von Freiheit reden, meinen wir eine Freiheit, die Verbindlichkeit anerkennt. Emanzipation ist Selbstverantwortung und nicht sich Lösen von Bindungen. Verantwortung ist Antwort auf Gottes Ruf, die Zukunft zu gestalten, aber ohne Ideologie. So stehen wir gegen die Ideologie des Marxismus, sehen aber im Marxisten den Menschen, mit dem wir ringen um wahre Menschlichkeit.

Nur einiges aus dem eindrucksvollen Referat kann hier genannt werden. Die Hörer waren bestärkt, sich für eine solche zukunftssträchtige Politik einzusetzen, was im fol-

genden Gespräch deutlich wurde. MdB Dr. Stavenhagen, Pforzheim leitete diese Runde sachlich und sachkundig. Keine kritische Frage wurde umgangen.

Es war ein reicher und gelungener Abend. Dazu trug wesentlich die ausgezeichnete Unterstützung der CDU-Geschäftsstelle mit Stadtrat Frank und seinen Mitarbeitern bei.

Landesparteitag befürwortet EAK-Ausbau

Neumünster: Der Landesparteitag der CDU in Schleswig-Holstein hat bei nur einer Gegenstimme beschlossen, die aus dem Bereich des EAK kommenden Initiativen zur Gründung weiterer Evangelischer Arbeitskreise in jenen CDU-Kreisverbänden, wo der EAK noch nicht existiert, zu unterstützen. Regionale EAK's in Schleswig-Holstein arbeiten gegenwärtig in den Kreisverbänden Dithmarschen, Kiel, Flensburg, Lübeck und Plön.

Wir würden es begrüßen, wenn auch in anderen Landesverbänden der CDU ähnliche Anträge eine so starke Unterstützung der Parteilbasis finden würden. Den Antragstellern, Justizminister Dr. Henning Schwarz (EAK-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein) sowie Dr. Heinz Zimmermann-Stock gilt besonderer Dank.

Buchbesprechungen

Klaus Goebel: Dein dankbarer und getreuer F. W. Dörpfeld. 720 Seiten mit 124 Abbildungen, Ganzleinen, 28,- DM, Hans Meyer Verlag Wuppertal, 1976.

Die in diesem Band veröffentlichten Briefe Dörpfelds wurden zum Teil erst in den letzten Jahren entdeckt. Sie ergänzen die Biographie des großen Pädagogen aus dem Bergischen Land und

werfen zugleich Schlaglichter auf Kultur, Schule, Erziehung, Kirche, Theologie und Politik im 19. Jahrhundert. Trotz aller Zeitbedingtheit im einzelnen sind sie auch im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts aktuell. Sie haben den mitdenkenden Zeitgenossen etwas zu sagen, die schulpolitische, pädagogische oder allgemein-menschliche Probleme lösen möchten.

Dörpfelds Idee der Schulgemeinde, die auf dem Zusammenwirken aller an Schule und Erziehung Beteiligten basiert, ist ebensowenig verwirklicht wie eine vom „didaktischen Materialismus“ befreite Pädagogik.

Der Herausgeber Klaus Goebel, der die Briefe Dörpfelds sammelte, kommentierte und für den Druck vorbereitete, gehört seit vielen Jahren dem

Evangelischen Arbeitskreis der CDU an; seit 1970 ist er als Historiker und Didakter an der Pädagogischen Hochschule Ruhr in Dortmund tätig.

Der Apparatschik. Die Inflation der Bürokratie in Ost und West. 192 Seiten, kt., 9,90 DM, Reihe: Herderbücherei Initiative Nr. 12, Band 9512, Herder-Verlag, München, 1976.

Die Bürokratisierung des Staatswesens — eine der wesentlichen Gründe der bedrohlichen Staatsverschuldung. In diesem Band analysieren Experten die Ursachen jener Inflation der Bürokratie in West und Ost und geben damit eine verlässliche Grundlage für die Beurteilung der Leistungsmöglichkeiten und Leistungsdefizite der öffentlichen Institutionen.

Der gläserne Berg

Maria Cadmus

Fragen der Suchtabhängigkeit werden in Kreisen, die Verantwortung für ihre Mitmenschen zu tragen bereit sind, immer häufiger diskutiert, weil die hiermit zusammenhängenden Probleme von unserer Gesellschaft einfach nicht länger zu übersehen sind. Die Autorin des nachfolgenden Beitrags ist seit vielen Jahren aus ihrem christlichen Engagement heraus für Menschen tätig, die süchtig geworden sind; dieser Einsatz bedarf unserer besonderen Unterstützung. Es wäre begrüßenswert, wenn auch regionale Evangelische Arbeitskreise dieses Thema für ihre Arbeit aufgreifen würden.

Am 13. November 1976 veröffentlichte die WELT einen offenen Brief von Ludwig Erhard an Axel Springer: „Ein Beitrag zum Überleben der Völker.“ Die Gedanken dieses Briefes liegen auch dem noch kaum beachteten Kampf gegen die Suchtgefahren zugrunde.

Es gibt ein Märchen, in dem der Held vor die Aufgabe gestellt wird, einen gläsernen Berg zu erklimmen, um dadurch eine Prinzessin aus der Gewalt eines schlimmen Zauberers zu erlösen. Die Aufgabe, die zunächst unerfüllbar scheint, gelingt schließlich durch die Hilfe guter Mächte.

Wir Politiker stehen heute vor einem solchen Berg. Weil er aus Glas ist, sehen ihn erst wenige. Der Berg heißt Drogenmißbrauch. Prof. Kemper von der Universität Münster gibt heute die Zahl von 2,4 Millionen Drogenabhängigen, darunter 80% Alkoholikern an. Aus dem riesigen Raum der Dunkelziffern schält sich mit größter Wahrscheinlichkeit die Mindestzahl von 100 000 alkoholabhängigen jungen Menschen zwischen 12 und 21 Jahren heraus! Bis zum Januar 1975 galt Jahre lang eine Gesamtzahl von 600 000 als gültig! — So groß ist also das Heer der Süchtigen, die ihre Probleme nur noch mit Hilfe von Fachleuten lösen können, die nicht nur selbst leiden sondern zunächst ihren Familien, dann uns Steuerzahlern sowie den Kranken- und Rentenversicherten eine ungeheure Last aufbürden.

Es gibt in der wissenschaftlichen Analyse verschiedene Typen von

Gewohnheitstrinkern. Vielen von ihnen ist ihre Abhängigkeit vom Alkohol garnicht bewußt. Es gibt körperlich Leidende, deren Krankheiten in den Krankenberichten nicht als alkoholbedingt aufgeführt werden. Es gibt Rentner aller Altersklassen, die noch nicht als Alkoholgeschädigte in den Bilanzen der Versicherungsgesellschaften aufgeführt werden. Es gibt schließlich echte Alkoholiker, die durch eigene Willenskraft und so gut wie immer durch die Hilfe gemeinnütziger Gruppen Jahrzehnte lang und bis an ihr Lebensende „trocken“ bleiben.

Warum wird von so vielen Menschen ein Übermaß an Alkohol konsumiert? Wenn man — wie das Diakonische Werk der EKD in seinem Rechenschaftsbericht 75/76 vom 22.9. — soziale und emotionale Vereinsamung als hauptsächlichen Grund ansieht, so ist zu entgegen, daß es viele Menschen gibt, die Einsamkeit sehr gut ertragen, und andere, die bis ins hohe Alter die für jeden möglichen Kontakte zu finden wissen. Mit Furcht vor Vereinsamung ist u. U. das exzessive Trinken jugendlicher Gruppen zu erklären, wobei die Freizeitfrage uns noch beschäftigen wird.

Nicht mit Vereinsamung zu erklären ist aber das für Menschen und Güter so gefährliche Trinken von Werktätigen am Arbeitsplatz.

Die Freude an einem Glas guten Weins steht dem hemmungslosen Trinken von „harten Sachen“ nicht konträr gegenüber. Es gibt so viele Zwischenstufen, wie es Einzelmenschen gibt. Eine Grenze für die von allen Beobachtern der Alkoholszene erstrebte Mäßigkeit gibt es nicht. Darum haben wir auch keine Mäßigkeitsvereine mehr, so sehr das mancher bedauert.

Sicher bringen einige Menschen die Anlage zum Alkoholismus mit auf die Welt. Aber diese Anlage kann durch glückliche Lebensumstände verdeckt bleiben. Andererseits wächst der Hang zum Alkohol in ganz Europa — und noch mehr in Rußland — so stark, daß man den Anfang des Abgleitens in

Umwelteinflüssen suchen muß. Da die Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte mit Sicherheit die hauptsächlichliche Entwicklung der Einzelpersonlichkeit auf die ersten vier Lebensjahre begrenzen, und da zweifellos die ersten Wochen die entscheidendsten sind, müssen wir den Anfang eines Menschenlebens mit gebotener Kürze betrachten. Dem normal aufwachsenden Kinde widmet sich in diesen so wichtigen ersten Wochen die Mutter oder eine gleichwertige Bezugsperson.

Dem Menschen ist — und das scheint uns entscheidend wichtig — der Drang zur Tätigkeit eingeboren. In den ersten Lebensjahren äußert er sich in der „Arbeit“ des Saugens und Kauens und im Spiel. Das erste Spiel des Säuglings ist das Auf- und Zuklappen der Augen. Wenn das Kind zu sehen anfängt, sieht es seine Mutter, das Wesen, das ihm die ganze Welt bedeutet, und mit dem es sich selbst identifiziert. Der Augenblick, in dem aus dem Sehen ein Wiedererkennen wird, bringt das erste Lächeln. Nach der Mutter treten der Vater, die Geschwister, die Großeltern und danach gleichaltrige Nachbarkinder in den Lebenskreis des Kindes ein. In der allerneuesten Entwicklung wird die Situation der als normal angesehenen, aber für Mutter und Kind gleichermaßen ungünstigen Kleinfamilie wieder durch Aufnahme einer älteren Person in die Haushaltsgemeinschaft ergänzt.

Im Lauf des zweiten Lebensjahres entsteht das echte Spiel. Jetzt kommt eine lebensbestimmende Wende: Die Familie muß am Spiel teilhaben, vor allem durch liebevolles Beachten, Anerkennen, Loben, behutsames Hinweisen. Schon im dritten Lebensjahr kann das Kind gemeinsame Lotto-, Lege- und Würfelspiele mit Freude mitmachen. Hier entsteht nebenher die so notwendige Erfahrung, nicht immer Mittelpunkt der Welt zu sein sondern auch verlieren zu können. Dadurch ergänzt sich die Erziehung zum Verzicht, die bei unserem Thema so unerhört wichtig ist: Die Gier nach Süßigkeiten ist schon ein Mangelzeichen — später kann sie

zur Gier nach Rauschmitteln werden.

Wir sprechen es noch einmal aus: auf die gemeinsame Tätigkeit der Familie, die erkennbar allen Freude macht, kommt es an. Bloßes Zusammensein genügt nicht. Es ist ein trostloser Gedanke, daß erwiesenermaßen 30% aller Kinder von 3 bis 6 Jahren zwischen 18 und 20 Uhr vor den Fernsehschirm gebannt werden, Dinge vorüberhuschen sehen, die sie nicht verstehen, und allmählich die durch ihre Wiederholung so einprägsamen Werbeslogans aufnehmen – darunter die großartig gemachten Alkoholspots! Greifen dann die Eltern nebenher zur Bierflasche, will das Kind natürlich an diesem Ereignis teilhaben. Der Grund zur positiven Beurteilung des Alkohols ist gelegt.

Das älter werdende Kind und später der Jugendliche werden im ersten, günstigen Fall am Spiel in wechselnden Formen festhalten und es in ihre Freundesgruppe einbringen. Die Spielformen erweitern sich für den Erwachsenen.

In dem am Anfang erwähnten Offenen Brief schreibt Ludwig Erhard: „Immer mehr lernt der einzelne, den Wert der individuellen Ausfüllung der menschlichen und gesellschaftlichen Lebensbereiche zu schätzen... Wir denken daran, welche Chancen sich für den einzelnen allein in der schöpferischen Nutzung von mehr Freiheit eröffnen.“

So hoffen wir es. Und wir verstehen unter Spiel jede schöpferische Betätigung, so mit Huizinga: „Jede freiwillige Handlung oder Beschäftigung, die begleitet wird von einem Gefühl der Spannung und Freude und des Andersseins als das gewöhnliche Leben.“ Hierher gehört neben allen geliebten Hobbies auch die Beteiligung an der nach Regeln gespielten Demokratie innerhalb einer Partei. Spiel und Ernst gehören zusammen. Gegensatz ist der bloße Nutzen und die Gewalt. Der Mensch verdorrt und kann sich nur mit Narcotica trösten, wenn er keine Tätigkeit hat, die ihm Freude macht.

Es ist bekannt, daß Kinder – weil sie sich nicht beschäftigen können – zur Flasche greifen, sogar bei Schulfesten und Klassenreisen. Hier ist eine neue Schulung der Lehrer nötig.

Über jedem Menschenleben steht der Wunsch nach Glück. Aber Glück muß uns geschenkt werden. Um Zufriedenheit dürfen wir uns selbst bemühen, dürfen und müssen wir – nun auch als Politiker – für uns und andere kämpfen. Drogen sind Surrogate, die Zufriedenheit und mitmenschliche Kontakte nur vortäuschen.

Im politischen Raum stehen neben den rein menschlichen Folgen der Drogenabhängigkeit auch erhebliche finanzielle Schäden, die weit größer sind als die Alkoholsteuer, und die bei uns in der Bun-

desrepublik noch überhaupt keine Beachtung finden. In den USA (DIE ZEIT vom 12. 3. 76) hat man errechnet, daß allein im gewerblichen Bereich im Jahre 1975 durch Arbeitsausfall, Unfälle, Materialvergeudung und Verschlechterung der Produktion 60 Milliarden Mark verloren gingen. Wie groß bei uns der Anteil der Drogen – vor allem der Droge Alkohol – an der so viel beklagten Kostenexplosion im Krankenwesen ist, hat noch niemand ermittelt.

Wir kehren zum Bild des gläsernen Berges zurück. Wir Christen in der CDU sollten uns daran gewöhnen, ihn in den Blick zu bekommen. Die Veröffentlichungen der Tagespresse in allen Bundesländern (z. B. die große Serie der WELT vom 30. 10. bis 5. 11. 76) und auch Warnungen im Fernsehen, die die Jugend betreffen, bleiben ohne Wirkung, wenn die Mehrzahl unserer Bürger im Alkohol immer noch den guten Freund sieht, dessen gelegentliche Untaten man lächelnd beiseite schiebt. Es ist entsetzlich zu sehen, wie der „Durst nach frischem Wasser“ (Ps. 42) in den Durst nach Spirituosen pervertiert wird.

Zwei Feinde bedrohen uns: Das zaubervolle Image des Alkohols und die als unüberwindbar geltende Lobby des Alkoholkapitals!

Wir müssen kämpfen und siegen!

Leser-Brief

Die hier geäußerte Meinung braucht nicht mit der Ansicht des Herausgebers oder der Redaktion übereinzustimmen.

Als langjährige ehrenamtliche Mithelferin in Flüchtlingsangelegenheiten bin ich erfreut darüber, daß sich die Synode der EKD in Braunschweig als Hauptthema „Einglie-

derung der Umsiedler“ wählte. Und wenn Sie in Heft 12/1976 der Evangelischen Verantwortung (Seite 3) Berichte von Aktivitäten erwarten, so darf ich Ihnen wohl einen kleinen Beitrag geben.

Wir in Bremen haben schon längst feststehende ehrenamtliche Gruppen, die sich gezielt um die Aussiedler kümmern. Es gibt da einen Sozialdienst und Caritasgruppen. Der Sozialdienst hilft insbesondere bei der Erledigung der Formulare für Anträge aller Art. Unsere Caritasgruppe bemüht sich, die Aussiedler mit passenden guten Bekleidungsstücken zu versorgen. Nähstuben gibt es auch, die anfertigen und umändern. Vor Weihnachten gab es aus diesen Gruppen heraus viele rege Hände, die

Weihnachtsfeiern vorbereiteten, um sich näher zu kommen, Aussiedler und Einheimische. Weil uns das gelungen ist, sind wir dankbar. Ich meine, wir haben nun unsere Schwestern und Brüder von drüben gerufen, sie sind gekommen. Wir müssen sie stützen, bis sie alleine sich helfen können. Außer den oben angegebenen Aktivitäten sind auch Hausbesuche – teilweise in den Übergangswohnungen – sehr wichtig. Und wenn Sie als Evangelische Verantwortung aus dem Bereich „Eingliederung der Umsiedler“ informieren könnten, wäre das eine gute Sache, die uns alle angeht.

Johanna Heusel
Clamersdorfer Straße 31
2820 Bremen-Schönebeck

Kirchentag '77 Berlin – 8. bis 12. Juni 1977

Leitthema: „Einer trage des anderen Last“

Insgesamt 14 Gruppen aus dem Bereich des Evangelischen Arbeitskreises und der Unionsparteien beteiligen sich am diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin.

Der EAK der CDU/CSU wird auf dem „Markt der Möglichkeiten“ mit

Wir haben noch einige Plätze frei für interessierte Leser aus dem Bereich der Evangelischen Verantwortung

den Themen Freiheit und Glaube, Stadtentwicklung, Soziale Dienste und Entwicklungspolitik tätig sein.

Wenn Sie bereit sind, uns und unsere Arbeit in Berlin zu unterstützen, so nehmen Sie umgehend Kontakt auf mit dem für alle den Kirchentag betreffenden Fragen zuständigen Referenten in der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Wolfgang Müller, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn. Auf diesem Weg haben Sie die Möglichkeit, sich

einer der EAK-Gruppen anzuschließen, die auf dem Berliner Kirchentag mitarbeiten. Geben Sie uns dabei bitte den Sachbereich an, dem Ihr besonderes Interesse gilt. Wir besorgen Ihnen gleichzeitig Ihre Unterkunft und sind Ihnen bei Ihren weiteren Vorbereitungen behilflich.

Alle Berlin-Besucher müssen soweit sie durch die DDR reisen, im Besitz eines gültigen Reisepasses sein – nur für den Flugweg genügt ein gültiger Personalausweis.

Chronist an der Wiege eines Staates – Die Transkei wurde selbständig –

Ursula Besser

Wer heute die evangelische Publizistik verfolgt, muß fast den Eindruck gewinnen, daß Südafrika und alle damit zusammenhängenden Probleme eine absolute Priorität in der Berichterstattung genießen. Die Einseitigkeit der Darstellung – insbesondere bei den evangelischen „Linken“ – ist unübersehbar, wobei Sachwissen oft eine untergeordnete Rolle spielt. Dr. Ursula Besser aus Berlin, EAK-Bundesvorstandsmitglied und Mitglied der Berliner Landessynode hatte die Gelegenheit, an den Feiern zur Unabhängigkeit der Transkei teilzunehmen.

Die Evangelische Verantwortung bat Ursula Besser um ihre Eindrücke von der Reise in die Transkei.

Staat ist – nach Heller – die höchstorganisierte Ordnungseinheit menschlichen Zusammenwirkens, deren drei Elemente Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt durch die Staatsverfassung verbunden sind, sowohl im tatsächlichen politischen, als auch im juristischen und ideologischen Sinne.

Unter dieser Definition entwickelte sich im Laufe der Zeiten

eine Fülle von unterschiedlichen Staatsformen, die als Staatsformen jeglicher Kritik offenstehen. Ob aber, wer im eigenen Bereich Wert auf Selbstbestimmung legt, einem Volk den Staat als solchen, in dem es sich aus eigenem Antrieb organisiert, vom Grund her bestreiten kann, ist eine Frage der praktischen Vernunft und des eigenen Vermögens, in größeren Zusammenhängen zu denken.

Im Kreise der internationalen Journalisten in Umtata fiel – nicht ohne Unterton – die Bemerkung (im Zusammenhang mit der Abstimmung zur Transkei in der Vollversammlung der Vereinten Nationen): „Nun haben wir wenigstens zwei ‚sogenannte Staaten‘ – die ‚DDR‘ und die ‚Transkei‘. Wenn das nicht ein Schritt in die Zukunft ist!“

Unterwegs an den Indischen Ozean

Von Luanda aus fliegt das Flugzeug stundenlang über einen wei-

ten, fast menschenleeren Kontinent, der in allen Schattierungen von Rot zu uns heraufleuchtet. Fast kein Baum, weite Flächen zartgrüner Grasnarbe, nur zeitweilig wasserführende Flüsse, die aus dem Nichts entspringen und im Nichts oder auch in einem See enden, der wie ein offenes Auge ohne Lid und Wimpern mit seinen absolut strauch- und baumlosen Ufern bewegungslos in der Landschaft ruht, und dann eben, wo der Boden unmittelbar durchschimmert, tiefdunkel sattes Rot bis hin zu zartesten Tönen von Rosa. Menschliche Ansiedlungen selten und dann nur vereinzelt; die wenigen größeren Ortschaften oder gar Städte lassen sich spielend an den Fingern herzählen. Ein Kontinent, der für viele Millionen Menschen Raum bietet, wenn man die Sache mit kühler Vernunft angeht und nackten Machtwillen ausschaltet.

Von Johannesburg sehen wir fast nichts, weil die Zeit es nicht zuläßt. Im Flughafenhotel, wo wir wohnen, sitzen – genau wie im Flughafen –

Schwarze und Weiße gemeinsam in den Geschäften und verkaufen uns Andenken, Postkarten, Briefmarken, Reiseproviant.

Fast eineinhalb Stunden trägt uns die Boeing nach Oos-London an die Gestade des Indischen Ozeans. Im immer noch sehr weiten Land mehren sich ganz allmählich die Ansiedlungen. Es wird auch grüner. Die große Stadt ist Oos-London, Badeort und Industriensiedlung zugleich; reizvoll mit den vielen kleinen weißen Häuschen in blühenden Gärten, den schlichten, sehr einfachen Straßen dazwischen, den leuchtend weißen Strandstreifen am Indischen Ozean, die immer wieder von Strecken unterbrochen werden, die voller riesiger Steine sind und den Zugang zum Meer erschweren. Hier behalten sich die Weißen den Sandstrand vor und verweisen die Schwarzen auf die unwirtlichen Strandstrecken. Wie lange noch?

Gleiche Rechte – gleiche Pflichten

Zwanzig Stunden lang fährt unser Zug durch bergiges, anfangs ansteigendes Land in die Transkei hinein. Rechts und links säumen grüne Fluren und Weiden den Schienenstrang, immer wieder unterbrochen von meist niedrigem Baumbestand, der sich streckenweise zu lockeren Hainen und Wäldern zusammenschließt. Die Flüsse führen ganz augenscheinlich das ganze Jahr hindurch Wasser – was für Südafrika etwas besonderes ist! – und sind auch von Sträuchern und Bäumen umsäumt. Auf den Weiden Rinder, Schafe und Ziegen. Ab und an breite Erdaufbrüche – eine Folge der umfangreichen Ziegenzucht; Ziegen nagen die Grasnarbe bis auf die Wurzeln ab, entziehen damit der Erdkrume im sonnigen Jahresteil den Schutz vor dem Ausdörren und lassen den Boden deshalb so weit aufreißen. Ziegen bewirtschaften

sich aber leichter für die Negerinnen, die immer wieder winkend und jubelnd die Fäuste schwingend mit ihren zahlreichen Kindern aus den Kraals hervoreilen, wenn der Zug – tutend das Vieh verjagend – vorüberfährt. Ihre Männer arbeiten acht Monate im Jahr in der Kap-Provinz und in Natal bei den Weißen, wo sie 360 Rand pro Jahr durchschnittlich verdienen (in der Transkei brächten sie es nur auf 50 bis 60 Rand); für die vier Monate, in denen die schwerste Arbeit in der Landwirtschaft zu leisten ist, kehren sie mit dem Verdienst zu ihrer Familie zurück. Traditionell kommt der Frau die Arbeit in Haus und Hof zu; die Männer, die früher die Jagd betrieben und in den Kriegen kämpften, arbeiten heute in der Industrie. Wer in Butterworth oder Umtata keinen Arbeitsplatz findet – und dort steckt die industrielle Entwicklung überall noch in den Anfängen –, muß außer Landes gehen. „Wer sich einmal dazu entschlossen hat, kommt nur zurück, wenn er muß“, sagte uns ein hoher Regierungsbeamter der neuen Regierung der Transkei. Jährlich „produziert“ dieses Land 40 000 Arbeitskräfte für andere, die dem Lande zu seiner eigenen Entwicklung fehlen. Dabei sind die Voraussetzungen für eine rapide Entwicklung auf landwirtschaftlichem wie auf industriellem Gebiet ausgezeichnet. Was fehlt, sind Investitionen und handwerklich, technisch und wirtschaftlich begabte Menschen mit Phantasie und Elan, die diesem Volk beim Aufbau seines Landes zur Seite stehen. Darum erklärte die neue Regierung des jungen Staates, daß sie Investitionen und Hilfe – ohne Vorbedingungen! – von jedermann annehme, auch ggf. von Peking und Moskau. Darum kann jeder dort Staatsbürger werden, der die Verfassung anerkennt, welche Hautfarbe er immer hat. Gleiche Rechte für alle, gleiche Pflichten für alle, ist der Grundsatz.

Seit gut zehn Jahren bemüht sich die Xhosa-Entwicklungsgesellschaft, den Schwarzen – 90% leben noch in den Kraals, eingebunden in die kulturellen Traditionen ihrer Vorfahren – an moderne Bewirtschaftungsverfahren heranzuführen und damit den Lebensstandard zu bessern. Unter Einsatz von 4,5 Mrd. DM entstanden neben bescheidenen Industrien Mustergüter und läuft der Versuch, unter Ein-

satz von Traktoren den Anbau von Getreide und Nutzpflanzen zu fördern. Unter der Bedingung, daß die Besitzer des Landes sich Jahr für Jahr zunehmend selbst an diesen Arbeiten beteiligen, beackert die Gesellschaft den Xhosas jahrelang kostenlos den Boden und erhebt keinerlei Anspruch auf auch nur den geringsten Teil der Ernte. Aber dieser Lernprozeß befindet sich erst in den Anfängen, wie wir leicht durch einen Blick aus dem Zugfenster sehen können. Viel ist noch zu tun. Dabei ließe sich auf diese Weise der Ertrag auf das Fünfundzwanzigfache erhöhen! Schon heute liegt der Lebensstandard der Xhosas über dem so manches UN-Staates.

Unter Parlamentariern von neun Nationen

Am frühen Nachmittag rollt der Zug endlich in den Bahnhof von Umtata ein. Als wir aus dem Zug treten, umringen uns sofort Reporter, die schon jetzt ein abschließendes Urteil verlangen, ehe wir uns eingehend umsehen und an Ort und Stelle informieren konnten. Sie sind unzufrieden, weil wir uns das endgültige Urteil vorbehalten und auf dem Recht zur Information aus eigenem Augenschein nachdrücklich bestehen.

Die Stadt ist ein Ameisenhaufen. Aus allen neun Teilen des Landes sind die Xhosas in ihren Stammes-trachten mit Schildern und Speeren angereist, um an diesem historischen Ereignis teilzunehmen. Für wie viele das in erster Linie das große Fest ist, das die Eintönigkeit des Kraal-Lebens unterbricht, bleibt offen. Eindeutig ist, daß die Begeisterung groß ist, und daß sie sich vor allem dann manifestiert, wenn die Vorsänger der Stämme in ihrer malerischen kultischen, von Stamm zu Stamm verschiedenen Gewandung an das Mikrophon im Stadion treten, um mit heftigen Gesten in der rauhen, kehligen, mit vielen Schnalzlauten untermalten Landessprache die Unabhängigkeit des freien Xhosa-Staates zu feiern. Die langen Reden der staatlichen Repräsentanten dagegen, die einige für den westlichen Beobachter recht interessante Passagen enthalten, rauschen an den Massen auf den riesigen provisorischen Tribünen

des Stadions vorbei, obwohl sie durchweg in die Xhosa-sprache übersetzt werden. Nur wenn die Fäuste in die Höhe gehen, rauscht der Beifall auf. Übrigens ein alter Xhosagrüß — nach Aussage des Ministerpräsidenten — der mit modernen Ideologien gar nichts zu tun habe.

Auf der Tribüne begegnen wir Parlamentariern aus neun Nationen der westlichen Welt, die von ihren Parteien dorthin entsandt worden sind und nicht ohne maliziöses Lächeln die Deutschen aus der Bundesrepublik fragen, ob der Parlamentarische Staatssekretär aus dem Bonner Außenministerium sie in der Tat daran hindern wollte, dieses Ereignis mit eigenen Augen zu beobachten. Offensichtlich fühlten sich Oppositionsparteien parlamentarischer Demokraten der freien Welt nicht völlig in die Regierungspolitik eingebunden — und hält man dort eine Menge von unmittelbarer Orientierung in den verschiedensten politischen Lagern und der daraus resultierenden Flexibilität. Schließlich ist, was heute en vogue ist, mit Sicherheit morgen eine Antiquität!

Auf der Tribüne begegnen wir auch einer Reihe von Regierungsdelegationen aus afrikanischen Staaten, denen dieses Ereignis die persönliche Anwesenheit wert ist. Sie scheuen die öffentliche Nennung, denn auch sie sehen mit Verblüffung die fast totale Solidarisierung der Freien Welt mit den kommunistischen Staaten in der Ablehnung der Transkei. „Anerkennen werden wir erst“, sagt ein Journalist (wir waren Journalisten aus 27 Nationen!) sarkastisch, „wenn dies eine Volksdemokratie ist, die uns die Faust ins Gesicht schlägt. Dann geben wir Entwicklungshilfe in beliebiger Höhe und ohne Vorbedingungen!“

Die Apartheid wurde aufgehoben

Im feierlichen Akt erfolgt um Mitternacht die Überleitung der Transkei in die Unabhängigkeit — mit Militärparade, Nationalhymnen, Flaggenwechsel, Entzünden der Unabhängigkeitsflamme durch einen Fackelträger nach olympischem Vorbild, mit Bibellesung und Gebet und einer Rede des Ministerpräsi-

denten, in der er die Ziele und den Weg der Transkei skizziert. Die Republik Transkei will so schnell wie möglich das Land politisch und wirtschaftlich in die moderne Zeit hineinführen. Dies wird viel Arbeit, viel Umdenken und Lernen, viel Disziplin und Aufgeschlossenheit erfordern. Das kann nur erfolgreich sein, wenn Hilfe von außen — vor allem im wirtschaftlichen Bereich — gegeben wird; diese Hilfe aber soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Xhosa sind ein stolzes Volk, das seine Freiheit aus eigenem gestalten will. Die Bestimmungen der Apartheid traten um Mitternacht des 25. Oktober 1976 außer Kraft. Die gute Nachbarschaft zur Südafrikanischen Republik hängt davon ab, daß es künftig keinerlei Diskriminierungen mehr gibt. Dennoch behält die Transkei den Immorality Act bei, um die in anderen unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten zu beobachtende schwarze Prostitution zu vermeiden, wie es heißt, und wünscht auch keine Mischehen, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit.

Interessant die für Afrika völlig neue Zusammensetzung des Parlaments. In ihm sitzen Oberhaus und Unterhaus in einer Kammer: 70 Regional- und 5 Oberhäuptlinge sowie 75 in Wahlkreisen frei gewählte Abgeordnete. Sie sollen gemeinsam die wichtigen Entscheidungen für das Land treffen und Kontinuität der Tradition mit der Komponente moderner Demokratie westlicher Prägung verbinden.

Die Begründung dafür: in Afrika gilt immer noch der „starke Mann“ mehr als jegliche Mehrheitsentscheidung. Von den inzwischen in die Freiheit entlassenen afrikanischen Staaten sind außer Senegal und Elfenbeinküste praktisch alle wieder in irgend eine Form von Diktatur, z. T. mittels Einparteiensystem, hineingeglitten. Die Transkei versucht, diese Entwicklung dadurch abzufangen, daß sie die traditionellen Autoritätsträger in Form der Stammeshäuptlinge in die parlamentarische Verantwortung einbindet. Ein sicher interessantes Experiment und für Afrika ein Novum. Im übrigen wird die Exekutive von einem Kabinett klassischer Art gestellt. An der Spitze steht Präsident Sigcau, einer der Oberhäuptlinge und besonders volkstümlichen Führer des Xhosavolkes. Seine Sprache: Xhosa. Die Minister und

der Ministerpräsident sind durchweg akademisch gebildet, haben an auswärtigen Universitäten studiert und sprechen ausgezeichnet englisch. Der persönliche Referent des Ministerpräsidenten und der Staatssekretär im Informationsministerium sprechen fließend deutsch. Beide waren jahrelang in der Bundesrepublik Deutschland und haben große Sympathien für unser Land.

Offene Fragen bleiben

Warum Ministerpräsident Matanzima diesen Weg zu diesem Zeitpunkt in die Unabhängigkeit der Transkei wählte, mag diskutiert werden können. Sicher ist, daß er selbst seit 1961 danach strebt und sich in zähem Bemühen Schritt für Schritt vorangearbeitet hat. Schon seit mehr als zehn Jahren liegt — mit Ausnahme der Landesverteidigung und der Außenpolitik — die Exekutive in Xhosaland; ein Vorläufer des derzeitigen Parlaments aus 78 Schwarzen, 26 Weißen und 3 Oberhäuptlingen erarbeitete die Gesetze für das Land, die dann bislang in Pretoria ausgefertigt werden mußten. Matanzima ist sich ganz gewiß der Problematik des „Problemkinds Transkei“ zu diesem Zeitpunkt für die Augen der Weltöffentlichkeit bewußt. Es ist aber zu bedenken, daß die Entwicklungen in Angola, Mozambique und anderen afrikanischen Staaten für viele Schwarze ein Schock sind. Die Xhosa „haben etwas“ in ihrem für diesen Teil des Kontinents von der Natur begünstigten Land und sie würden es gerne behalten; was man ihnen nicht verübeln kann. Sie wollen Unruhen und blutigen Bürgerkrieg vermeiden. Dafür nehmen sie einiges an Bedenklichkeiten in Kauf.

Im Parlament gibt es unter 150 Abgeordneten nur noch 7 Oppositionelle. Die eigentlichen Führer der Opposition sitzen im Gefängnis, weil sie des Auftritts verdächtigt werden, vor allem der Führer der

Demokratischen Partei Ncokasi, der ein heftiger Gegner dieser Unabhängigkeit der Transkei ist und die Überführung der Republik Südafrika in eine schwarze Mehrheitsregierung anstrebt. Wieviele wirklich gewählt haben, wird nie ganz zu klären sein, denn Wahlrecht hat in der Transkei wer 21 Jahre alt ist oder wer 18 Jahre ist und Steuern zahlt. Dies genau nachzuprüfen ist schwierig. Matanzima ist ohne Frage eine der herrischen afrikanischen Häuptlingsgestalten, die unachtsichtig durchsetzt, was sie für richtig hält. Andererseits wuchs sein Anhang energisch in den letzten zehn Jahren, während der der Demokraten ebenso abnahm und diese dann durch Parteispaltung zusätzlich an politischer Kraft verloren; deshalb wohl auch die Hinwendung zu dem früheren Mitglied des radikalen afrikanischen Studentenverbandes und Anhängers des Afrikanischen National-Kongresses Ncokasi. Das verstärkte die Militanz der Demokraten, nicht aber die Zahl ihrer Anhängerschaft.

So bleiben unter dem Strich viele Fragen offen, wenigstens für die Augen eines Zaungastes aus dem Westen Europas.

Eindeutig und nicht wegzudiskutieren ist: die Sehnsucht nach Freiheit, Frieden und Wohlstand der Xhosas. Wichtig ist, was sie aus

der Situation selbst machen. Gemessen werden wir alle daran, wie wir diesem Volk in seinen berechtigten Anliegen helfen.

Für friedliche Reformen

Als wir abfuhr, hatten sich sechs Staaten – darunter ein europäischer und ein Ostblockstaat – verbindlich zur Anerkennung der Transkei bereit erklärt.

Der Sohn des verstorbenen Richters Professor Z. K. Matthews aus der Transkei, der früher zusammen mit Nelson Mandela den Afrikanischen Nationalkongreß leitete, ist heute der Auffassung, daß radikale schwarze Bewegungen ihre Strategie revidieren sollten. Er vertritt die Ansicht, die Unabhängigkeit der Transkei sollte als harte Realität akzeptiert und anerkannt werden. Der Afrikanische Nationalkongreß sollte die Strategie des „bewaffneten Kampfes“ aufgeben und eine neue Politik der „friedlichen Reform“ verfolgen. Es sei ein Fehler des Afrikanischen Nationalkongresses, daß er sich so stark am kommunistischen Block orientiere.

Vor einigen Jahren, als Brandt noch Bundeskanzler war, schrieb er an den Ministerpräsidenten der Republik Südafrika: „Wir alle wün-

schon, daß sich die Entwicklung in diesem Raum in einer Weise vollziehen möge, daß einerseits die Grundsätze der Vereinten Nationen allmählich verwirklicht werden können, andererseits aber das wirtschaftliche und soziale Potential erhalten bleibt. Ich habe stets die Auffassung vertreten, daß man die Werte der Vergangenheit nur bewahren kann, wenn man bereit ist, notwendigen Veränderungen Rechnung zu tragen, bevor die Spannungen ein Maß erreicht haben, das eine evolutionäre Lösung ausschließt... Die Bundesregierung ist im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten bereit, auch in Afrika an der Lösung der großen Probleme dieser Zeit mitzuwirken. Das gilt besonders auf den Gebieten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den jungen, unabhängigen Staaten wie auch mit Ihrem Land, das einer unserer bedeutendsten Wirtschaftspartner in Übersee ist...“

Gerade um diese Zusammenarbeit geht es gegenwärtig der Transkei und dem Volk der Xhosa. Sie werden die Weißen weder des Landes verweisen noch enteignen; sie sind daran interessiert, sie im Lande zu behalten. Sie erwarten, daß sie ihren Landbesitz an den jungen Staat verkaufen und dann von ihm pachten.

Nachtrag: Evangelische Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU

Der Evangelischen Verantwortung Nr. 12/1976, S. 16 konnten Sie die Namen und Anschriften der Evangelischen Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entnehmen.

Wir bitten folgende Korrekturen vorzunehmen:

Hessen

Änderung:

Stahlberg, Hermann, Paulstr. 3, 3580 Fritzlar ist röm.-kath. Konfession

Niedersachsen

Ergänzung:

Jahn, Dr. Hans Edgar, Körnerstr. 10, 3300 Braunschweig

Schleswig-Holstein

Änderung:

Da der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg, sein Bonner Abgeordnetenmandat nicht annahm, rückte für ihn über die Liste nach:

Stutzer, Hans-Jürgen, Heidweg 2 a, 2371 Fockbek über Rendsburg

Ergänzung:

Würzbach, Peter-Kurt, Traveredder 2, 2361 Klein-Rönnau

Somit umfaßt die Bundestagsfraktion der CDU/CSU (ohne Berlin) 84 evangelische Abgeordnete; hinzu kommen noch die vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählten CDU-Bundestagsabge-

ordneten, von denen die nachfolgenden evangelischer Konfession sind:

Berlin

1. Berger, Lieselotte, Südwestkorso 40, 1000 Berlin 31
2. Kittelmann, Peter, Agricolastr. 24, 1000 Berlin 21
3. Lorenz, Peter, Lietzenburger Str. 46, 1000 Berlin 30
4. Strassmeir, Günter, Nassauische Str. 60, 1000 Berlin 31
5. Wohlrabe, Jürgen, Schloß-Str. 67 A, 1000 Berlin 19

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.